

Schnellinfo 06/2021, 31.08.2021

Inhalt

In eigener Sache

- Seite 3: Online-Veranstaltungen des Flüchtlingsrats NRW im September 2021
- Seite 3: FRNRW: Argumentationshilfen gegen Vorurteile
- Seite 3: Nächste Mitgliederversammlung des FRNRW am 02.10.2021

Aus aktuellem Anlass

- Seite 3: Aktuelles zu Afghanistan
- Seite 5: Rechtliche Hinweise zu Afghanistan
- Seite 5: #unteilbar-Demonstration am 04.09.2021 in Berlin
- Seite 5: WHO kritisiert Boosterimpfungen
- Seite 6: „Alarm Phone“ mit PRO ASYL- Menschenrechtspreis ausgezeichnet
- Seite 6: Vergleich der Wahlprogramme zum Themenkomplex Flucht und Migration

Europa

- Seite 6: Hungerstreik für Bleiberecht
- Seite 6: 57 Menschen im Mittelmeer ertrunken
- Seite 7: Österreich und Griechenland wollen keine Flüchtlinge aus Afghanistan aufnehmen.

Deutschland

- Seite 7: Merkel fordert Lösung in der EU-Asylpolitik
- Seite 7: Rheinland-Pfalz setzt Flüchtlingsaufnahme wegen Hochwasser-Katastrophe aus
- Seite 8: AnKER-Zentren und vergleichbare Einrichtungen in Deutschland abschaffen

- Seite 8: Liberalisierung des deutschen Staatsbürgerschaftsrechts

Nordrhein-Westfalen

- Seite 8: #HandinHand# - Rettungskette für Menschenrechte
- Seite 9: Bundesverdienstkreuz an Volker Maria Hügel

Rechtsprechung und Erlasse

- Seite 9: EuGH: Nicht-erwerbstätige Unionsbürgerinnen dürfen nicht von Krankenversicherung ausgeschlossen werden
- Seite 9: OVG NRW: Keine Abschiebungen nach Italien ohne Aussicht auf Arbeit und Unterbringung
- Seite 9: VG Berlin: Dänemark nicht mehr Teil des GEAS
- Seite 10: VG Düsseldorf: Abschiebungsverbot nach Afghanistan nach § 60 Abs. 5 AufenthG
- Seite 10: Erlass: Neue Anwendungshinweise zum FEW

Zahlen und Statistik

- Seite 10: Mehr Anerkennungen ausländischer Berufsabschlüsse in 2020
- Seite 11: Flüchtlingszahlen im ersten Halbjahr 2021

Materialien

- Seite 11: Arbeitshilfe: Beratung von Unionsbürgerinnen
- Seite 11: Praxisleitfaden: Wegweiser für gute Arbeitsbedingungen
- Seite 11: Studie: Aufenthalt in Flüchtlingslagern erhöht Risiko von psychischen Krisen
- Seite 11: Studie: Gutachten: Hilfestellung gegen Diskriminierung und für Teilhabe
- Seite 12: Studie: Hindernisse bei Zuordnung ins deutsche Schulsystem
- Seite 12: Zusammenfassung: Europäische Entwicklung im Flüchtlingsrecht 2021
- Seite 12: Neue Ausgabe der Online-Zeitschrift „Ne-vipe“
- Seite 12: Freiwillige-Rückkehr.de: Offizielle Programme unter die Lupe genommen

Termine

In eigener Sache

Online-Veranstaltungen des Flüchtlingsrats NRW im September 2021

Auch im September bietet der Flüchtlingsrat NRW wieder diverse Online-Veranstaltungen an. Für folgende Veranstaltungen im September 2021 werden bereits Anmeldungen entgegengenommen:

Online-Schulung: Rechtliche Rahmenbedingungen des Zugangs von Flüchtlingen zum Arbeitsmarkt
Montag, 06.09.2021, 16:30 – 19:30 Uhr

Online-Workshop: Afghanistan – alles, was man jetzt in der Flüchtlingsarbeit wissen muss!
Mittwoch, 08.09.2021, 19:00 – 21:00 Uhr

Online-Austausch: Ehrenamtliche Unterstützung beim Deutschlernen
Donnerstag, 09.09.2021, 17:30 – 19:00 Uhr

Online-Austausch: Härtefallverfahren bei der Härtefallkommission NRW
Mittwoch, 15.09.2021, 17:00 – 18:30 Uhr

Online-Austausch: Probleme bei der Wohnungssuche
Donnerstag, 16.09.2021, 17:30 – 19:00 Uhr

Online-Austausch: Ausbildungs- und Beschäftigungsduldung – wie läuft es in der Praxis?
Montag, 20.09.2021, 17:00 – 18:30 Uhr

Online-Austausch: Engagement für und mit geflüchtete(n) Frauen
Mittwoch, 22.09.2021, 17:30 – 19:00 Uhr

Online-Austausch: Begegnungen schaffen
Donnerstag, 23.09.2021, 17:30 – 19:00 Uhr

Online-Austausch: Aufenthaltsrechtliche Hürden bei der Vaterschaftsanerkennung

Mittwoch, 29.09.2021, 17:00 – 18:30 Uhr

Detaillierte Beschreibungen der Online-Veranstaltungen können der Website des Flüchtlingsrats NRW entnommen werden.

Online-Veranstaltungen des Flüchtlingsrats NRW im September 2021

FRNRW: Argumentationshilfen gegen Vorurteile

Der Flüchtlingsrat NRW e.V. (FRNRW) hat am 02.08.2021 aktualisierte Argumentationshilfen zur Entkräftung von Vorurteilen veröffentlicht. Im Flyer (Stand Juli 2021) finden Sie sieben Vorurteile gegenüber Flüchtlingen und wie diese durch Fakten widerlegt werden können. Sie können die Druckversion des Flyers gegen Übernahme der Portokosten unter [initiativen\(at\)frnrw.de](mailto:initiativen(at)frnrw.de) bestellen. Darüber hinaus wurde eine ausführliche Argumentationshilfe (Stand Juli 2021) zur Entkräftung von Vorurteilen veröffentlicht. Beide Argumentationshilfen sind auf der Homepage des FRNRW kostenlos herunterzuladen.

FRNRW: Keine Propaganda auf Kosten von Flüchtlingen! (02.08.2021)

Nächste Mitgliederversammlung des FRNRW am 02.10.2021

Am 02.10.2021 findet die nächste Mitgliederversammlung des Flüchtlingsrats NRW statt. Die Einladung richtet sich an alle Interessierten und in der Flüchtlingsarbeit engagierten Personen. Nähere Infos sind bald auf der Homepage des FRNRW zu lesen.

Aus aktuellem Anlass

Aktuelles zu Afghanistan

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) berichtete am 11.08.2021, dass Bundesinnenminister Horst Seehofer aufgrund des anhaltenden Vormarschs der

Taliban Abschiebungen nach Afghanistan bis auf weiteres ausgesetzt habe. Der Stopp sei auch eine Reaktion auf die immer lauter gewordene Kritik an Ab-

schiebungen in das Bürgerkriegsland. So hat beispielsweise der Flüchtlingsrat Nordrhein-Westfalen (FRNRW) in einer Pressemitteilung vom 10.08.2021 gemeinsam mit den anderen Landesflüchtlingsräten und vielen weiteren Organisationen, u.a. PRO ASYL und Amnesty International, einen Stopp aller Abschiebungen nach Afghanistan gefordert.

Trotz der kompletten Machtübernahme durch die Taliban, über die die Tagesschau am 16.08.2021 berichtete, schließe der nordrheinwestfälische Vize-Ministerpräsident und Flüchtlingsminister Joachim Stamp (FDP) erneute Abschiebungen nach Afghanistan nicht langfristig aus, berichtete der WDR am 16.08.2021. Zwar plane man aktuell keine Abschiebungen, einen formellen Abschiebungsstopp schloss Stamp jedoch aus. Man müsse nun abwarten, wie sich die Lage in Afghanistan entwickle und sich dahingehend auf den Lagebericht des Auswärtigen Amtes verlassen. In einem Artikel des WDR vom 16.08.2021 übt der Flüchtlingsrat NRW scharfe Kritik an Stamps Linie: NRW habe sich bis zuletzt immer an Sammelabschiebungen des Bundes beteiligt, *"obwohl seit langem klar ist, dass die Situation in Afghanistan, nicht nur zuletzt durch den Vormarsch der Taliban, viel gefährlicher ist als in den Lageberichten des Auswärtigen Amtes angegeben"*, erklärt Birgit Naujoks, die Geschäftsführerin des FRNRW. Sie befürchte, dass die Abschiebungen weitergingen, wenn sich die Lage nach Meinung der Bundes- und Landesregierung beruhigt habe.

Der FRNRW fordert in einer Pressemitteilung vom 17.08.2021 ein Akut-Aufnahmeprogramm für afghanische Staatsangehörige. Weitergefasst als das schleswig-holsteinische Aufnahmeprogramm, solle das in NRW jedoch auch beispielsweise Verwandte zweiten und dritten Grades berücksichtigen. Birgit Naujoks, Geschäftsführerin des Flüchtlingsrats NRW, mahnt: *„Eine schnelle, unbürokratische Aufnahme ist ein Gebot der Menschlichkeit“*. Dafür seien die Kapazitäten vorhanden, nicht zuletzt, weil Kommunen und Landeseinrichtungen nach 2015 nun auf Reserveplätze und etablierte Strukturen zurückgreifen könnten, erklärte Naujoks den Westfälischen Nachrichten am 17.08.2021. Darüber hinaus fordert der FRNRW in seiner Pressemitteilung die Aufhebung von Sanktionen wegen fehlender Mitwirkung gegen hier geduldete Afghaninnen sowie die Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen nach § 25 V AufenthG. Wie der WDR am 19.08.2021 berichtete, habe das Land NRW beschlossen, 800 Ortskräfte und 1.000 Frauen und ihre Familien aufzunehmen. Darüber

hinaus sei Nordrhein-Westfalen *"bereit, für diejenigen, die als Verbündete vor Ort geholfen haben, weitere Kapazitäten zur Verfügung stellen"*, heißt es in dem Artikel. Integrationsminister Joachim Stamp (FDP) habe betont, dass es sich bei den 1.800 Flüchtlingen und ihre Familien nur um eine erste Soforthilfe handle.

Unterdessen setzen immer mehr Länder Evakuierungsflüge aus Afghanistan aus. Wie die Tagesschau am 28.08.2021 berichtete, hätten neben Deutschland auch weitere Staaten die Evakuierungsflüge eingestellt. Neben Italien beende auch Großbritannien die Luftbrücke, um gefährdete Afghaninnen auszufliegen. Nach US-Angaben seien bereits mehr als 110.000 Menschen ausgeflogen worden. Die deutsche Luftwaffe habe davon 5.347 Menschen aus Kabul ausgeflogen.

Die Tagesschau meldete am 30.08.2021, dass während der beendeten Evakuierungsmission 138 afghanische Ortskräfte ausgeflogen worden seien. 496 Familienmitglieder hätten die Ortskräfte begleitet. Während der Evakuierung hätten sich jedoch deutlich mehr Ortskräfte als gefährdet gemeldet. Insgesamt gehe man in der Regierung davon aus, dass der Personenkreis der Ortskräfte mit den Familienmitgliedern bei mehr als 40.000 Personen liege.

Der Spiegel berichtete am 29.08.2021 über eine Evakuierungsaktion unter deutscher Beteiligung nach Abzug der Bundeswehrkräfte. Mit Hilfe der deutschen Firma DHL, die in Afghanistan noch aktiv sei, seien 300 Menschen – davon etwa 140 Personen mit deutschen Papieren, sowie einige Ortskräfte – mit sechs Bussen zum Flughafen gebracht worden und dann mit US-Militärmaschinen ausgeflogen worden. Die Reise zum Flughafen Kabul habe über 30 Stunden gedauert und die Busse seien nur mit Glück durch die Checkpoints der Taliban gekommen, so der Spiegel.

FAZ: Abschiebungen nach Afghanistan ausgesetzt (11.08.2021)

FRNRW – Pressemitteilung: Gemeinsamer Aufruf: Keine Abschiebungen nach Afghanistan! (10.08.2021)

Tagesschau: Taliban übernehmen die Macht (16.08.2021)

WDR: Afghanistan: Flüchtlingsrat und Minister streiten über NRW-Abschiebepaxis (16.08.2021)

FRNRW – Pressemitteilung: NRW muss handeln: jetzt Menschen aus Afghanistan aufnehmen! (17.08.2021)

WDR: Afghanistan: NRW nimmt Ortskräfte und Frauen auf (19.08.2021)

Tagesschau: Weitere Länder beenden Luftbrücke (28.08.2021)

Tagesschau: 138 Ortskräfte ausgeflogen (30.08.2021)

Spiegel: Mehr als 300 Menschen gelingt mit deutscher Hilfe die Flucht aus Afghanistan (29.08.2021)

Rechtliche Hinweise zu Afghanistan

Mehrere Rechtsanwältinnen am 22.08.2021 haben Informationen für bereits in Deutschland lebende Afghaninnen zusammengestellt. In dem Papier sind aktuelle Hinweise u.a. zu den Themenbereichen „laufende Asylverfahren“, Klagen/bei Gericht anhängige Verfahren und Abschiebung. Da sich die Situation jedoch rasch ändern könne, müsse die Entwicklung immer im Blick behalten werden.

PRO ASYL hat darüber hinaus in einer Pressemitteilung vom 25.08.2021 die wichtigsten Fakten zur Aufnahme aus Afghanistan nach § 22 Satz 2 AufenthG veröffentlicht. Die Aufnahme gefährdeter Personen aus Afghanistan gehe auch nach der militärischen Evakuierung weiter. PRO ASYL gibt unter anderem Hinweise zum Familiennachzug, Sozialleistungen und zu Fragen der Aufenthaltserlaubnis.

Auch der Flüchtlingsrat Niedersachsen aktualisiert auf seiner Homepage ständig die Informationen zur Ausreise aus Afghanistan.

FRNRW – Aktuell: Hinweise für bereits in Deutschland lebende Afghaninnen (23.08.2021)

PRO ASYL – Pressemitteilung: Die wichtigsten Fakten zur Aufnahme aus Afghanistan nach § 22 Satz 2 AufenthG (25.08.2021)

FRNS – Aktuelles: Ausreise aus Afghanistan? Aktuelle Informationen (30.08.2021)

#unteilbar-Demonstration am 04.09.2021 in Berlin

Der Flüchtlingsrat Nordrhein-Westfalen ruft zusammen mit einem breiten Bündnis aus 300 Organisationen zur #unteilbar Demo am 04.09.2021 in Berlin auf.

Im Aufruf heißt es dazu:

„Die gesellschaftlichen Missstände haben sich im vergangenen Jahr dramatisch zugespitzt. Immer mehr Menschen sind von Armut betroffen oder fürchten um ihre Existenz. Gleichzeitig werden die Auswirkungen des Klimawandels bedrohlicher. Während Menschenfeindlichkeit und Rassismus vermehrt Zustimmung finden, sterben täglich Menschen an den EU-Außengrenzen.

Jetzt ist der Moment, um #unteilbar auf die Straße zu gehen!“

Der FRNRW und die weiteren 300 Organisationen fordern:

- Menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen, Bildung, Gesundheitsversorgung und Wohnraum nicht dem Markt zu überlassen!
- Diejenigen, die Reichtum angehäuft haben, sollen die Kosten der Krise tragen!
- Eine geschlechtergerechte, antirassistische und inklusive Gesellschaft, an der alle teilhaben können und die für alle da ist!
- Konsequentes Handeln gegen die Klimakrise und weltweit gerechten Zugang zu Covid-19-Impfstoffen!
- Das Recht auf Schutz und Asyl – Menschenrechte sind #unteilbar.
- einen weltweiten gerechten Zugang zu Covid 19-Impfstoffen.

Die #unteilbar-Demo wird am 04.09.2021 voraussichtlich ab 13 Uhr in Berlin-Mitte stattfinden.

Unteilbar.de – Berlin Demo 2021

WHO kritisiert Boosterimpfungen

Wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) am 05.08.2021 berichtete, kritisiert die Weltgesundheitsorganisation (WHO) die geplanten Boosterimpfungen in den reichen Staaten dieser Welt. Den Impfstoff sollten stattdessen die armen Länder bekommen. WHO-Generaldirektor Tedros Adhanom Ghebreyesus erklärte, man könne die Auffrischungsimpfungen nicht hinnehmen, wenn weltweit hunderte Millionen Menschen auf ihre erste Impfung warteten. Von der Unterversorgung an Impfstoffen sei vor allem der afrikanische Kontinent betroffen. Weniger als zwei Prozent der global verabreichten Dosen seien in Afrika verimpft worden und nur 1,5 %

der gesamten Kontinentbevölkerung sei vollständig geimpft.

FAZ: WHO kritisiert Auffrischungsimpfungen (05.08.2021)

„Alarm Phone“ mit PRO ASYL- Menschenrechtspreis ausgezeichnet

PRO ASYL informiert in einer Pressemitteilung vom 25.08.2021 über den von der Stiftung PRO ASYL verliehenen Menschenrechtspreis 20/21 an das transnationale Netzwerk „Watch the Med – Alarm Phone“. Die rund 200 Aktivistinnen beantworteten seit sieben Jahren Notrufe von Menschen, die in untauglichen Booten bei der Überquerung des Mittelmeeres in Seenot geraten. Die aufgenommenen Daten würden dann an die Küstenwache, zivile Rettungsschiffe sowie in der Nähe befindliche Frachter und Tanker weitergegeben werden. Außerdem informierten die Ehrenamtlichen die Öffentlichkeit. Die Arbeit des Netzwerks, die auch an psychische Grenzen gehe, sei von „herausragender Bedeutung“, solange die EU und ihre Mitgliedsstaaten eine „Politik des Sterbenlassens betreiben“. Seit der Gründung 2014 hätten die Aktivistinnen mit mehr als 3.700 Booten in Kontakt gestanden. Der Menschenrechtspreis sei mit 5.000 € und einer Plastik der PRO ASYL-Hand dotiert.

PRO ASYL – Pressemitteilung: Kampf für Menschenrechte am Telefon: Alarm Phone erhält den PRO ASYL-Menschenrechtspreis (25.08.2021)

Vergleich der Wahlprogramme zum Themenkomplex Flucht und Migration

In einem Artikel vom 19.08.2021 hat das Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND) die Wahlprogramme der sechs im Bundestag vertretenen Parteien auf ihre Inhalte zum Themenkomplex „Flucht und Migration“ untersucht und verglichen. Es herrsche große Uneinigkeit zwischen den Parteien, wie offen Deutschland für Einwanderinnen und Flüchtlinge sein soll. Während die Union auf Verschärfungen setze, wolle die SPD beispielsweise die „Hürden für Einbürgerungen abbauen und mehr doppelte Staatsbürgerschaften erlauben“. Die Grünen stellten sich kategorisch gegen Abschiebungen nach Syrien und Afghanistan und die FDP fordere u.a. ein Punktesystem für Fachkräfte nach kanadischem Vorbild und eine verbindliche Verteilung Schutzsuchender in der EU. Die Linke fordere die soziale Gleichstellung aller in Deutschland Lebenden und wolle die EU-Grenzschutzagentur Frontex auflösen. Abschiebungen lehne die Partei ab. Die AFD setze in der Migrations- und Asylpolitik auf Abschottung.

RND: Flucht und Migration: Das steht in den Wahlprogrammen der Parteien (19.08.2021)

Europa

Hungerstreik für Bleiberecht

Wie die Tagesschau am 31.07.2021 berichtete, sei ein Hungerstreik von Migrantinnen in Brüssel vorerst ausgesetzt. Nach Angaben von Zeit-Online am 19.07.2021 hatten in einer Kirche etwa 450 Migrantinnen seit einigen Wochen das Essen, knapp 300 von ihnen zudem auch das Trinken verweigert. Mit der gefährlichen Protestaktion – denn die meisten seien in einer schlechten körperlichen und psychischen Verfassung gewesen und drohten jederzeit zu sterben – forderten die Migrantinnen eine Aufenthaltserlaubnis. Viele der vor allem aus Algerien und Marokko stammenden Menschen lebten bereits viele Jahre und ohne Papiere in Belgien. Die Tagesschau berichtete in ihrem Artikel, dass nun der Status der Streikenden geprüft und ihre Aufenthaltsan-

träge „unter humanitären Gesichtspunkten“ neu bewertet werden sollten. Bei negativer Entscheidung drohe ein neuer Hungerstreik.

Tagesschau: Hungern für das Bleiberecht (31.07.2021)

Zeit-Online: Mehrere Hundert Migranten weiten Hungerstreik aus (19.07.2021)

57 Menschen im Mittelmeer ertrunken

Die Tagesschau berichtete am 27.07.2021 über ein Bootsunglück vor der libyschen Küste mit 57 Toten. Unter den Opfern seien nach UN-Angaben auch viele Frauen und Kinder. An Bord des im Mittelmeer gesunkenen Bootes seien mindestens 75 Migrantinnen gewesen – 18 von ihnen seien von Fischerinnen und

der libyschen Küstenwache gerettet worden, habe ein Sprecher der Internationalen Organisation für Migration (IOM) erklärt. Immer wieder würden Menschen bei der Überfahrt nach Europa ertrinken. Erst sechs Tage vor dem Unglück seien etwa 20 Migrantinnen tödlich verunglückt.

Wie das Migazin am 16.08.2021 berichtete, seien am 16.08.2021 189 Menschen von einem in Seenot geratenen überfüllten Holzboot gerettet worden. Das Seenotrettungsschiff „Geo Barents“ habe sie in der Nacht im südlichen Mittelmeer aufgenommen.

Tagesschau: 57 Menschen bei Bootsunglück gestorben (27.07.2021)

Migazin: „Geo Barents“ rettet weitere 189 Flüchtlinge (16.08.2021)

Österreich und Griechenland wollen keine Flüchtlinge aus Afghanistan aufnehmen.

Wie der Spiegel am 18.08.2021 berichtete, sei die Machtübernahme der Taliban für den österreichischen Innenminister Nehammer kein Anlass, weitere

Flüchtlinge aufzunehmen. Er verwies stattdessen darauf, dass Österreich in den letzten fünf Jahren 130.000 Flüchtlinge aufgenommen habe. Ein Gutteil davon seien afghanische Männer, darunter auch viele Analphabeten: „Alleine das zeigt klar und deutlich, dass die Diskussion über zusätzliche Aufnahme für Österreich kein großes Thema sein kann“, so der Politiker. Wie die Deutsche Welle (DW) in einem Artikel vom 18.08.2021 berichtete, wolle auch Griechenland keine Flüchtlinge aus Afghanistan aufnehmen. Dass Dänemark Schutzsuchende aufnehmen werde, gelte ebenfalls als ausgeschlossen. Anderen Länder wie Spanien und Italien diskutierten gerade über die Aufnahme weiterer Flüchtlinge aus dem Bürgerkriegsland. Konkretes gebe es dazu noch nicht.

Spiegel: Österreich lehnt Aufnahme afghanischer Flüchtlinge ab (18.08.2021)

DW: Wenig Aufnahmebereitschaft für Afghanistan-Flüchtlinge (18.08.2021)

Deutschland

Merkel fordert Lösung in der EU-Asylpolitik

Das Migazin berichtete am 23.07.2021 in einem Artikel über den wohl letzten Auftritt der scheidenden Bundeskanzlerin Angela Merkel in der Bundespresskonferenz. Neben dem großen Themenkomplex Klimakrise habe sich Merkel auch zu Themen der Asyl- und Flüchtlingspolitik geäußert. Die Kanzlerin habe die mangelnden Fortschritte in der EU-Asylpolitik kritisiert und sehe große Herausforderungen für die Zukunft: „Das ist etwas, das in den nächsten Jahren unbedingt gelöst werden muss, weil es eine schwere Bürde für den Zusammenhalt der Europäischen Union ist“.

Migazin: Ringen um EU-Asylpolitik muss unbedingt gelöst werden (23.07.2021)

Rheinland-Pfalz setzt Flüchtlingsaufnahme wegen Hochwasser-Katastrophe aus

Wie das Migazin am 26.07.2021 berichtete, habe das Bundesland Rheinland-Pfalz (RP) die Aufnahme von Asylsuchenden als Folge der Unwetter-Katastrophe vorübergehend ausgesetzt (Anm. d. Red.: Nach un-

seren Informationen ist die Aussetzung der Aufnahme lediglich beantragt, jedoch noch nicht final ausgesetzt) Staatssekretär David Profit (Grüne) habe das Bundesinnenministerium und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) gebeten, die Zahl der zugeteilten Flüchtlinge bis Jahresende zu halbieren. Darüber hinaus habe das Land die Weiterverteilung von Flüchtlingen in vom Unwetter betroffene Kreise gestoppt. Als Grund für die Aussetzung nannte Landesintegrationsministerin Katharina Binz die damit verbundene Entlastung der Kommunen. Das Verwaltungspersonal solle sich auf die Katastrophenbewältigung konzentrieren können. In RP seien nach Angaben des Landes im ersten Halbjahr des Jahres 2021 knapp 2.700 neue Asylsuchende registriert worden.

Migazin: Rheinland-Pfalz setzt Flüchtlingsaufnahme aus (26.07.2021)

AnKER-Zentren und vergleichbare Einrichtungen in Deutschland abschaffen

In einer Pressemitteilung vom 29.07.2021 fordert der Flüchtlingsrat Nordrhein-Westfalen (FRNRW) zusammen mit rund 65 bundes- und landesweiten Wohlfahrtsverbänden, Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen AnKER-Zentren und vergleichbare Einrichtungen in Deutschland abzuschaffen. Das zivilgesellschaftliche Bündnis kritisiert mit der Unterzeichnung des „Aufruf(s) für eine zukunftsorientierte Erstaufnahme von

Asylsuchenden in Deutschland“ vom gleichen Tag die gesetzlichen Maßnahmen zur Ausweitung der Wohnverpflichtung in Landesaufnahmeeinrichtungen der letzten Jahre. „Das Konzept ist gescheitert, die Asylverfahren wurden nicht beschleunigt, die Menschen sind oft isoliert, entrechtet und ausgegrenzt“, heißt es in der Pressemitteilung des FRNRW. Durch die neunmonatige Arbeitssperre verlören die Flüchtlinge viel Zeit für ihr Ankommen und ihre Integration, darüber hinaus seien die Bildungschancen für Flüchtlinge eingeschränkt. „Diese Probleme kennen wir auch aus den Zentralen Unterbringungseinrichtungen des

Landes NRW“, kommentiert Birgit Naujoks, Geschäftsführerin des Flüchtlingsrats NRW, den Aufruf. „Schutzsuchende bis zu zwei Jahre in solchen Massenunterkünften zu isolieren, verursacht großes Leid bei den Betroffenen. Soziale Teilhabe von Anfang an ist unerlässlich“. Der FRNRW und die vielen anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen fordern deshalb, das Ankommen der Menschen in den Mit-

telpunkt zu stellen und sie auf das Asylverfahren vorzubereiten. Ferner müssten der gleichberechtigte Zugang zu Gesundheitsversorgung und Sozialleistungen, die Abschaffung des Arbeitsverbots und eine wohnungsgleiche Unterbringung sichergestellt werden.

*FRNRW – Pressemitteilung: Zivilgesellschaftliches Bündnis fordert:
AnKER-Zentren und vergleichbare Einrichtungen abschaffen (29.07.2021)*

Liberalisierung des deutschen Staatsbürgerschaftsrechts

Am 20.08.2021 ist eine weitreichende Liberalisierung des deutschen Staatsangehörigkeitsgesetzes (StAG) in Kraft getreten. Migrationsrecht.de erläutert in einem Artikel vom 19.08.2021, dass der Bundesgesetzgeber mit dem Gesetz nach mehr als 70 Jahren endlich den Auftrag aus Art. 116 Abs. 2 GG eingelöst und so den verfassungsrechtlich verbürgten Anspruch, NS-Verfolgten die Einbürgerung zu erleichtern, umgesetzt habe. Die Folge der Änderung des StAG sei nun, dass für politisch und rassistisch Verfolgte, aber auch für Emigrantinnen zwischen 1933 und 1945 und deren Nachkommen, die Erlangung des deutschen Passes nun deutlich erleichtert worden sei.

Migrationsrecht.net: Besser spät als nie: die deutsche Staatsbürgerschaft als Wiedergutmachung – großzügige Liberalisierung im deutschen StAG in Kraft getreten (19.08.2021)

Nordrhein-Westfalen

#HandinHand# - Rettungskette für Menschenrechte

Der Verein „Rettungskette für Menschenrechte e.V.“ ruft auf seiner Homepage zur Teilnahme an einer Menschenkette am 18.09.2021 auf. Mit der Menschenkette, die zwischen 12 und 12.30 Uhr stattfinden soll, wollen die Initiatorinnen ein Zeichen gegen das Sterben im Mittelmeer setzen, welches durch die europäische Abschottungspolitik verursacht werde. Mit der Menschenkette, die an diesem Tag durch Deutschland, Österreich und Italien und somit von der Nordsee bis zum Mittelmeer führen soll, würde ein starkes Signal für ein offenes, buntes und friedliches Europa gesetzt. Auch durch NRW soll die Route der Menschenkette verlaufen, u.a. durch Bielefeld,

Bochum, Düsseldorf und Köln. Darüber hinaus fordern die Initiatorinnen die Schaffung sicherer Fluchtwege und den humanen Umgang mit Menschen auf der Flucht.

Interessierte können neben der Teilnahme an der Demonstration auch durch beispielsweise die Organisation und Durchführung von Teilabschnitten unterstützen.

Rettungskette.de - #HandinHand

Bundesverdienstkreuz an Volker Maria Hügel

Antenne Unna informierte am 26.08.2021 darüber, dass der langjährig in der Flüchtlingsarbeit aktive Volker Maria Hügel mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet worden sei. Der Münsteraner Oberbürgermeister Markus Lewe habe dem 69-jährigen das Verdienstkreuz am Bande für sein soziales Enga-

gement überreicht. Hügel habe sich über vier Jahrzehnte in der Unterstützung Geflüchteter verdient gemacht. Darüber hinaus sei Hügel immer rechtlicher Diskriminierung, Menschenrechtsverletzungen und Rassismus entgegengetreten.

Antenne Münster: Newsletter vom 26.08.2021 (26.08.2021)

Rechtsprechung und Erlasse

EuGH: Nicht-erwerbstätige Unionsbürgerinnen dürfen nicht von Krankenversicherung ausgeschlossen werden

Der Europäische Gerichtshof hat mit Urteil (C-535/19) vom 15.07.2021 entschieden, dass nicht-erwerbstätige Unionsbürgerinnen nicht vom öffentlichen Gesundheitssystem ausgeschlossen werden dürfen. Geklagt hatte ein italienischer Staatsbürger, der Ende 2015 nach Lettland gezogen war, um dort mit seiner lettischen Ehefrau und den beiden minderjährigen Kindern zusammenzuleben. Den Antrag des Mannes, ihn in das Verzeichnis der Empfängerinnen der öffentlichen Gesundheitsversorgung einzutragen und ihm eine europäische Krankenversicherungskarte auszustellen, lehnte der nationale Gesundheitsdienst mit der Begründung ab, dass er weder Arbeitnehmer noch selbstständig sei und sich nur auf der Grundlage einer Anmeldebescheinigung im Land aufhalte. Der EuGH entschied nun, dass der Krankenversicherungsschutz nicht kategorisch ausgeschlossen werden darf. Die Beitrittsmöglichkeit zum Gesundheitssystem muss zwar nicht kostenlos erfolgen, der Mitgliedsstaat muss jedoch den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit wahren und darf es der Unionsbürgerin nicht übermäßig erschweren, die Voraussetzungen zu erfüllen.

EuGH – Urteil: C-535/19 (15.07.2021)

OVG NRW: Keine Abschiebungen nach Italien ohne Aussicht auf Arbeit und Unterbringung

Das Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen (OVG) hat am 20.07.2021 in zwei Urteilen (11 A 1674/20.A; 11 A 1689/20.A) entschieden, dass in Italien anerkannte Schutzberechtigte und Asylsuchende nicht aus Deutschland nach Italien abgeschoben werden dürfen, weil die Gefahr besteht, dass im

Falle der Rücküberstellung die elementarsten Bedürfnisse nicht befriedigt werden könnten. Geklagt hatten ein Somalier, der bereits in Italien internationalen Schutz erhalten hatte und ein Malier, der sich dort im Asylverfahren befand, und deren Asylanträge deswegen in Deutschland vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) als unzulässig abgelehnt worden waren. Im Falle des Somaliers entschied das Verwaltungsgericht Münster (I. Instanz: VG Münster 10 K 3382/18.A) in erster Instanz, dass die Ablehnung gerechtfertigt sei, da den Mann in Italien auch ohne staatliche Unterstützung keine extreme materielle Not erwarte. Das Verwaltungsgericht Minden hatte der Klage des Mannes aus Mali stattgegeben (I. Instanz: VG Minden 10 K 4090/18.A), da für ihn, nach Ansicht der Richterinnen, in Italien keine menschenwürdige Unterkunft sichergestellt ist. Dem folgte das OVG. Es begründete beide Urteile nun damit, dass im Falle der Rücküberstellung nach Italien für beide Männer die Gefahr einer „unmenschlichen und erniedrigenden Behandlung droht“. Durch das 2018 in Kraft getretene „Salvini-Dekret“ sind die Rechte von Asylsuchenden und Schutzberechtigten in Italien eingeschränkt worden. Die beiden Kläger hätten bei der Rückkehr nach Italien kein Recht auf Unterbringung und somit keine sichergestellte Versorgung.

OVG NRW – Urteile: 11 A 1674/20.A; 11 A 1689/20.A (20.07.2021)

VG Berlin: Dänemark nicht mehr Teil des GEAS

Das Verwaltungsgericht Berlin (VG) hat mit Urteil (Az.: VG 3 L 227/21 A) vom 05.08.2021 entschieden, dass ein erfolglos in Dänemark durchgeführtes Asylverfahren keine Ablehnung eines Asylantrages in Deutschland als unzulässig rechtfertigt, da vor dem Hintergrund einer Entscheidung des Europäischen

Gerichtshofs (EuGH) Dänemark kein „sicherer Drittstaat, für den die Rechtsvorschriften der Europäischen Gemeinschaft (...) gelten“, mehr sein kann. Der EuGH hatte mit Urteil vom 20.05.2021 (Cs-8/20) durch Auslegung der EU-Asylverfahrensrichtlinie und der EU-Qualifikationsrichtlinie festgestellt, dass in der EU gestellte Asylanträge nicht wegen eines Zweittrags als unzulässig abgelehnt werden dürfen, wenn zuvor in Norwegen oder Island erfolglos ein Asylverfahren durchlaufen worden ist. In seinem Beschluss hält das VG die Grundsätze auch auf Dänemark für anwendbar. Deshalb bestehen nach Ansicht der Richterinnen erhebliche Zweifel, ob es sich bei der damaligen Asylentscheidung um eine bestandskräftige Entscheidung i.S.d. Art. 2 e) der RL 2013/32/EU handelt. Der in Deutschland gestellte Asylantrag sei damit nicht als Zweit Antrag zu werten.

VG Berlin – Urteil: Az.: VG 3 L 227/21 A (05.08.2021)

VG Düsseldorf: Abschiebungsverbot nach Afghanistan nach § 60 Abs. 5 AufenthG

Mit Urteil vom 17.08.2021 hat das VG Düsseldorf einem afghanischen Staatsbürger ein Abschiebungsverbot nach § 60 Abs. 5 AufenthG zugesprochen. Schon allein als auf Grund seiner Zugehörigkeit zum

Volk der Hazara drohe ihm nach der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan nun Folter oder unmenschliche oder erniedrigende Behandlung. Deswegen liegen nach Ansicht des Gerichts zwingende humanitäre Gründe vor, die eine Abschiebung verbieten.

VG Düsseldorf – Urteil (15.08.2021)

Erlass: Neue Anwendungshinweise zum FEW

Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) hat am 06.08.2021 neue Anwendungshinweise zum Fachkräfteeinwanderungsgesetz veröffentlicht. So kann nun beispielsweise die Frage, ob eine Qualifikation zur Ausübung einer Beschäftigung als Fachkraft befähigt, mit der Beurteilung des einstellenden Arbeitgebers beantwortet und somit entschieden werden. Die GGUA hat die Änderungen im Vergleich zur letzten Version mit diversen Markierungen in einer Datei kenntlich gemacht.

BMI: Anwendungshinweise (06.08.2021)

GGUA: Kommentierte Anwendungshinweise (06.08.2021)

Zahlen und Statistik

Mehr Anerkennungen ausländischer Berufsabschlüsse in 2020

Aus einem Artikel in der Süddeutschen Zeitung (SZ) vom 24.08.2021 geht hervor, dass nach Angaben des Vorstandsvorsitzenden der Bundesagentur für Arbeit, Detlef Scheele, Deutschland rund 400.000 Zuwanderinnen pro Jahr benötige, um einem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Von der Pflege bis zu den Logistikerinnen würden überall Fachkräfte benötigt, so Scheele gegenüber der SZ. Jedes Jahr würden altersbedingt rund 150.000 Arbeitskräfte ausfallen. Wie die SZ ausführt, habe die Coronakrise das Problem geringer Zuwanderung weiter verschärft. So seien im vergangenen Jahr beispielsweise die Neuanträge auf die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse um 3 % gesunken. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) fordere darüber hinaus bundesweit einheitliche, verlässliche und schnelle Verfahren, um eine dauerhafte Perspektive für die Menschen schaffen zu können.

Das Statistische Bundesamt erklärt in einer Pressemitteilung vom 24.08.2021, dass im Jahr 2020 bundesweit 44.800 im Ausland erworbene berufliche Abschlüsse in Deutschland anerkannt wurden. Das sei eine Steigung von 5 % gegenüber 2019 (42.500). Zwei Drittel aller Anerkennungen seien in medizinischen Gesundheitsberufen, wie Krankenpflegerinnen (15.500) oder Ärztinnen (7.600) zu verzeichnen. Danach folgten Ingenieurinnen (2.500), Lehrerinnen (2.100) und Erzieherinnen (1.200). Die meisten Berufsabschlüsse seien aus der Europäischen Union (11.400), dem restlichen Europa (16.500) und Asien (11.300) anerkannt worden. Vor allem Anträge aus Bosnien Herzegowina (3.600), aus Serbien (3.400) und Syrien (3.100) seien häufig anerkannt worden.

SZ: Arbeitsagentur-Chef: Brauchen 400.000 Zuwanderer pro Jahr (24.08.2021)

Statistisches Bundesamt – Pressemitteilung: Ausländische Berufsabschlüsse: 5 % mehr Anerkennungen im Jahr 2020 (24.08.2021)

Flüchtlingzzahlen im ersten Halbjahr 2021

Wie aus der Antwort (BT-Drucksache 19/31981) des Bundesinnenministeriums (BMI) vom 25.08.2021 auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke (Die Linke) hervorgeht, sind im ersten Halbjahr 2021 47.700 Flüchtlinge aufgenommen worden. 7.360

Menschen sind in den ersten sechs Monaten abgeschoben worden. Im Rahmen des Familiennachzugs sind rund 12.000 Menschen zwischen Januar und Juni 2021 nach Deutschland gekommen.

Antwort BMI – Kleine Anfrage: BT-Drucksache 19/31981 (25.08.2021)

Antwort BMI – Kleine Anfrage: Anlage 2 (24.08.2021)

Materialien

Arbeitshilfe: Beratung von Unionsbürgerinnen

Der Paritätische Gesamtverband hat im Juli 2021 die Broschüre „Beratung von Unionsbürger*innen: Die Freizügigkeitsrechte in familiären Konstellationen“ herausgegeben. Die Arbeitshilfe solle sowohl Betroffene als auch Beraterinnen unterstützen, die Rechte von Unionsbürgerinnen gegenüber Behörden durchsetzen zu können. Das Freizügigkeitsrecht sehe weitreichende Regelungen für den Aufenthalt von Familienmitgliedern von Unionsbürgerinnen vor, die Lebenswirklichkeit sehe hingegen häufig komplexer aus. Die Arbeitshilfe soll einen Überblick über rechtliche Rahmenbedingungen bieten, um diese auf reale Fallkonstellationen zu übertragen.

*Der Paritätische Gesamtverband – Broschüre: Beratung von Unionsbürger*innen: Die Freizügigkeitsrechte in familiären Konstellationen (07/2021)*

Praxisleitfaden: Wegweiser für gute Arbeitsbedingungen

Die EU-Gleichbehandlungsstelle und das Berliner Beratungszentrum für Migration und Gute Arbeit (BEMA) haben im Juni 2021 gemeinsam den „Praxisleitfaden für EU-ArbeitnehmerInnen in Deutschland – Ein Wegweiser für gute Arbeitsbedingungen und Gleichbehandlung“ veröffentlicht. Es zeige sich, dass Unionsbürgerinnen immer wieder von Arbeitsausbeutung und arbeitsrechtlichen Problemen betroffen seien. Der Leitfaden zeige anhand 14 typischer Fallbeispiele die notwendigen Schritte, um die Rechte der Betroffenen durchsetzen zu können. Darüber hinaus enthalte der Leitfaden viele weitere Informationen, Links und Verweise.

BEMA: Praxisleitfaden für EU-ArbeitnehmerInnen in Deutschland – Ein Wegweiser für gute Arbeitsbedingungen und Gleichbehandlung (06/2021)

Studie: Aufenthalt in Flüchtlingslagern erhöht Risiko von psychischen Krisen

Dr. Francisco Urzua von der Business School in London hat gemeinsam mit Expertinnen von Moria Medical Support (MMS) und Wissenschaftlerinnen der chilenischen Universidad del Desarrollo sowie der Universität Amsterdam am 02.07.2021 die Ergebnisse der Studie „Mental health consequences of long-term stays in refugee camps: preliminary evidence from Moria“ im BMC Public Health Journal veröffentlicht. Die Ergebnisse der qualitativen Studie zeigten, dass sich der Aufenthalt in Flüchtlingslagern wie Moria auf die psychische Gesundheit von Flüchtlingen auswirke. Je länger ein Flüchtling im Lager bleiben muss, desto wahrscheinlicher sei die Gefahr eine psychische Krise zu erleiden.

BMC Public Health: Mental health consequences of long-term stays in refugee camps: preliminary evidence from Moria (02.07.2021)

Gutachten: Hilfestellung gegen Diskriminierung und für Teilhabe

Die Stiftung Mercator veröffentlichte im Juli 2021 die Publikation „Diskriminierungsrisiken und Handlungspotenziale im Umgang mit kultureller, sozioökonomischer und religiöser Diversität“. Im Gutachten würden die Potenziale für einen diskriminierungssensiblen Umgang mit kultureller, sozioökonomischer und religiöser Identität analysiert. Es werde ein Überblick zu bisherigen Erkenntnissen über Diskriminierungsrisiken sowie Bedarfen in den Institutionen gegeben.

Darüber hinaus würden vielversprechende Handlungsansätze und Best-Practice-Beispiele zur Wahrung der Diversität, Abbau von Diskriminierung und Teilhabe aller Menschen aufgezeigt.

Stiftung Mercator: Diskriminierungsrisiken und Handlungspotenziale im Umgang mit kultureller, sozioökonomischer und religiöser Diversität (07/2021)

Studie: Hindernisse bei Zuordnung ins deutsche Schulsystem

Das International Journal of Environmental Research and Public Health veröffentlichte am 25.07.2021 die Erkenntnisse der Studie „Integration of Newly Arrived Refugee Children into the German School System“ von Forscherinnen der Ruhr-Universität Bochum. Die Forscherinnen analysierten anhand qualitativer Interviews die Integration ankommender Flüchtlinge in das deutsche Schulsystem. Ein Ergebnis der Studie sei, dass Handicaps von Flüchtlingen häufig unentdeckt bleiben. Die Erfolgsaussichten für eine erfolgreiche Implementierung in das Schulsystem würden durch das persönliche Engagement von Helferinnen deutlich erhöht.

MDPI: Integration of Newly Arrived Refugee Children into the German School System (25.07.2021)

Zusammenfassung: Europäische Entwicklung im Flüchtlingsrecht 2021

Prof. Dr. jur. Holger Hofmann von der FH Bielefeld hat die europäische Entwicklung im Flüchtlingsrecht zwischen Januar und Juli 2021 in einer Publikation zusammengefasst. Das Schriftstück bietet einen guten Überblick über Gesetzesänderung und Urteile im ersten Halbjahr des Jahres, die auch für die Arbeit in der Flüchtlingshilfe relevant seien.

Holger Hoffmann: Europäische Entwicklungen im Flüchtlingsrecht – Januar bis Juli 2021

Neue Ausgabe der Online-Zeitschrift „Nevipe“

Der Verein RomBuK - Bildung und Kultur im Rom e.V. hat am 16.08.2021 die neueste Ausgabe der Online-Zeitschrift „Nevipe“ herausgegeben. In der diesmaligen Ausgabe beschäftigen sich die Initiatorinnen vor allem mit dem Thema „Bleiberecht“. Auf 79 Seiten erwarten die Leserinnen Geschichten rund um Flucht- und Bleiberechtigungen von u.a. Roma und Sinti, historische Abrisse und Themen aus dem Bereich Kunst und Kultur. Ebenfalls enthält die Ausgabe einen Beitrag der Geschäftsführerin des Flüchtlingsrats NRW, Birgit Naujoks, mit dem Titel „Chancen auf ein Bleiberecht in NRW – zwischen Anspruch und Wirklichkeit“, welcher einen Einblick in die Aufenthaltssituation insbesondere von Geduldeten in Landesunterkünften und in den Kommunen gibt.

Nevipe: Bleiberecht statt Ungewissheit (16.08.2021)

Freiwillige-Rückkehr.de: Offizielle Programme unter die Lupe genommen

Medico international e.V. hat für das eigene Rechercheprojekt „Rückkehr-Watch“ eine neue Internetseite ins Leben gerufen. Auf der Homepage werden journalistische Hintergrundartikel und politische Positionen zum Thema Rückkehr und Reintegration veröffentlicht. Zwei Kurzfilme und zahlreiche Geschichten von Betroffenen sollen zeigen, dass die Entscheidung zur Rückkehr im Zuge offizieller Programme häufig wenig mit Freiwilligkeit zu tun habe.

Rückkehr-Watch.de

Termine

Online-Infoveranstaltung, 01.09.2021: Kölner Freiwilligen Agentur e.V./ Kölner Flüchtlingsrat e.V.
„Infoveranstaltung: Pat:innenprojekt außerschulischer Begleitung geflüchteter Kinder“ 13:30 – 14:30 Uhr.
Weitere Infos unter Luise.martin@koeln-freiwillig.de und [Kölner Freiwilligen Agentur](#)

Online-Seminar, 01.09.2021: Runder Tisch NRW/ Bildungsportal KUTAIRI „Grundlagen zum Thema Mädchenbeschneidung“ 15:00 – 17:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung über haverkamp@friedensband.de und [Anmeldelink](#)

Online-Schulung, 06.09.2021: Flüchtlingsrat NRW: „Rechtliche Rahmenbedingungen des Zugangs von Flüchtlingen zum Arbeitsmarkt“. 16:30 – 19:30 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

Web-Seminar, 07.09.2021: Friedrich-Ebert-Stiftung „Aufstehen im Netz: Mit den sozialen Netzwerken gegen Rassismus. Ein Schreib-Workshop“ 18:00 – 20:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung über Annika.Arnold@fes.de und [FES](#).

Online-Workshop, 08.09.2021: Flüchtlingsrat NRW: „Afghanistan – alles, was man jetzt in der Flüchtlingsarbeit wissen muss!“. 19:00 – 21:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

Online-Austausch, 09.09.2021: Flüchtlingsrat NRW: „Ehrenamtliche Unterstützung beim Deutschlernen“. 17:30 – 19:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

Essen, 10.-11.09.2021: VielRespektZentrum „Veranstaltungsplanung zu Empowerment“ ganztägig. Weitere Infos und Anmeldung über theresa.peters@gesellschaftundkirche.de & sina.resch@gesellschaftundkirche.de.

Online-Autorenlesung, 13.09.2021: AWO Dortmund „Herkunft mit Saša Stanišić“ 19.30 – 21 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung über praktikumia@awo-dortmund.de.

Online-Infoveranstaltung, 13.09.2021: Kölner Freiwilligen Agentur e.V./ Kölner Flüchtlingsrat e.V. „Infoveranstaltung: Pat:innenprojekt außerschulischer Begleitung geflüchteter Kinder“ 18:00 – 19:30 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung über Luise.martin@koeln-freiwillig.de und [Kölner Freiwilligen Agentur](#).

Unna, 13.09.2021: Institut für Kirche und Gesellschaft/Flüchtlingsrat im Kreis Unna „Tagung: Kooperationsformen im Flüchtlingsbereich“ 16:30 – 19:15 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung über h.u.bangert@gmx.de und [Institut für Kirche und Gesellschaft](#).

Online-Workshop, 14.09.2021: Kölner Freiwilligen Agentur e.V. „Welcome Walk – Freiwillige und Geflüchtete entdecken gemeinsam Köln / Teil 2 der Vorbereitung“ 19:00 – 20:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung unter [Kölner Freiwilligen Agentur e.V.](#) und mentoren@koeln-freiwillig.de.

Online-Fachtagung, 14.09.2021: Zentrum für Integrations- und Migrationsarbeit e.V., Duisburg „Digitalisierung in der Migrationssozialarbeit“ 14:00 – 16:30 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung über fachtagung@zi-uma.de und www.zi-uma.de.

Web-Seminar, 14.09.2021: Friedrich-Ebert-Stiftung „Love trumps Hate. Strategien zum Umgang mit Hasskommentaren im Netz. Weitere Informationen und Anmeldung über Annika.Arnold@fes.de und [FES](#)

Online-Austausch, 15.09.2021: Flüchtlingsrat NRW: „Härtefallverfahren bei der Härtefallkommission NRW“. 17:00 – 18:30 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

Iserlohn, 16.09.2021: Institut für Kirche und Gesellschaft „Kultursensibles Handeln im Umgang mit Inhaftierten und deren Angehörigen“ 9:00 – 17:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Institut für Kirche und Gesellschaft](#).

Köln, 18.09.2021: Rom e.V./Kölner Literaturnacht: „Buchvorstellung mit Jovan Nikolić“ 16:00 Uhr. Weitere Informationen auf [Kölner Literaturnacht](#).

Bielefeld, Dortmund & Köln, 18.09.2021: „Rettungskette für Menschenrechte“ Weitere Informationen unter [Rettungskette für Menschenrechte](#).

Online-Austausch, 16.09.2021: Flüchtlingsrat NRW: „Probleme bei der Wohnungssuche“. 17:30 – 19:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

Online-Austausch, 20.09.2021: Ausbildungs- und Beschäftigungsduldung – wie läuft es in der Praxis“ 17:00 – 18:30 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

Köln, 21.09.2021: Kölner Freiwilligen Agentur e.V., Kölner Flüchtlingsrat e.V. und Melanchthon Akademie „Vernetzungstreffen: Willkommenskultur in Köln“ 19:00 – 21:30. Weitere Informationen und Anmeldung unter gabi.klein@koeln-freiwillig.de und [Kölner Freiwilligen Agentur e.V.](#)

Online-Austausch, 22.09.2021: Flüchtlingsrat NRW: „Engagement für und mit geflüchtete(n) Frauen“. 17:30 – 19:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

Online-Austausch, 23.09.2021: Flüchtlingsrat NRW: „Begegnungen schaffen“. 17:30 – 19:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

Online-Veranstaltung, 23.09.2021: Evangelische Akademie Villigst im Institut für Kirche und Gesellschaft „Alle(s) im Blick – Gemeinsam für verlässliche Asylverfahren“ 9:30 – 16:15 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Institut für Kirche und Gesellschaft](#).

Online-Austausch, 29.09.2021: Flüchtlingsrat NRW: „Aufenthaltsrechtliche Hürden bei der Vaterschaftsanerkennung“. 17:00 – 18:30 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).